



Hier fährt keiner mehr: Was aus den ehemaligen Armstrong Barracks in Büdingen wird, ist noch unklar.

Foto: Rainer Wohlfahrt

Tauziehen um frühere Militärflächen

In sechs Wetterauer Kommunen liegen ehemalige Flächen der amerikanischen Armee. Nach deren Abzug sind die Areale in Bundesbesitz übergegangen. Aber die Verhandlungen über die Nutzung der Areale kommen kaum voran.

jjo. WETTERAU-KREIS. Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte im vorigen Jahr stellt sechs Städte und Gemeinden in der Wetterau vor besondere Herausforderungen. Mit der Umwandlung der zuvor militärisch genutzten Flächen zu zivilen Zwecken – der sogenannten Konversion – beschäftigen sich seit einigen Monaten die Bürgermeister von Bad Nauheim, Butzbach, Friedberg, Ober-Mörlen, Rosbach und Büdingen. Auch wenn die Fragestellungen in den Kommunen sich stark unterscheiden, tauschen sich die Bürgermeister und Gemeindevertreter doch regelmäßig aus und entwickeln gemeinsame Strategien. Vor einem Jahr wurde dazu eine Arbeitsgruppe gebildet, der auch die Industrie- und Handelskammer, die Wirtschaftsförderung sowie Vertreter der Kreisverwaltung angehören.

Rund 2250 Hektar haben die amerikanischen Streitkräfte in der Wetterau beansprucht. Für die sechs Kommunen ergeben sich daraus unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten. Während in einigen Kommunen die Militäranlagen im Wald liegen, befinden sich andernorts Kasernen und Wohnquartiere mitten im Stadtgebiet. Die Kommunen müssen alle mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) verhandeln, die vor drei Jahren gegründet und vom Bund damit beauftragt wurde, die Militärfelder für den Bundeshaushalt zu erwirtschaften. Zwischen der Bima und den Wetterauer Kommunen ist es deswegen in den vergangenen Wochen immer wieder zu Konflikten gekommen.

Friedbergs Bürgermeister Michael Keller (SPD) ist verärgert über die „schwerfä-

lige und nicht zielführend arbeitende“ Bundesanstalt. Verärgert ist Keller darüber, dass die Bima die übernommenen Militärfelder wie Privatbesitz behandelt, während die Gemeinden die Flächen eher als Eigentum der Allgemeinheit ansehen. Die Kreisstadt würde zum Beispiel gern die in der amerikanischen Wohnsiedlung vorhandenen Spiel-, Sport- und Freiflächen nutzen, das Stadtparlament hat schon Geld für die Umgestaltung bereitgestellt. Aber noch immer untersagt die Bima das Betreten der Grundstücke.

Mitte der Woche stritten sich die Kommunen und die Bima über die geplante Übergabe von Forstflächen rund um den Winterstein. Die Vertreter der Gemeinden aus der westlichen Wetterau sowie Gregor Sommer (CDU), Bürgermeister der Taunusgemeinde Wehrheim, hätten sich geweigert, die Flächen schon Ende September zu übernehmen, weil Fragen zu den Alllasten und zur Verkehrssicherheit nicht geklärt seien. Laut Keller sollten die Gemeinden das Risiko tragen, ohne Sicherheiten zu bekommen. Auch

seine Kollegen hätten auf das Angebot der Bima „erboht, frustriert und voller Unverständnis reagiert“. Das Gespräch habe vor dem Abbruch gestanden. Schließlich habe man sich darauf geeinigt, ein Gutachten über den Zustand des Waldes erstellen zu lassen, bevor die Kommunen vermutlich im Herbst 2009 die Flächen übernehmen.

Auch bei einem Gespräch mit Axel Kunze vom Vorstand der Bima seien kürzlich die unterschiedlichen Interessen deutlich geworden, berichtet Landrat Joachim Arnold (SPD). Die Vertreter der Kommunen hätten „undurchsichtige Entscheidungen“ kritisiert und moniert, dass sich Verhandlungen erst über Jahre hinzögen und die Ergebnisse dann doch wieder in Frage gestellt würden. Arnold regte nach seinen Angaben bei dem Treffen an, einen Projektmanager für die Konversionsprojekte zu benennen, um die Konflikte in den Griff zu bekommen. Auf Seiten der Kommunen könne das eigentlich nur der Bürgermeister oder sein Stellvertreter sein. Darüber hinaus müssen aus Sicht des Landrats bau- und planungsrechtliche Vorstellungen der Kommunen für die Zukunft der Konversionsgrundstücke konkretisiert werden. Arnold zufolge gibt es für beide Seiten eine gemeinsame Verpflichtung bei der Nutzung der Flächen.

Nach Angaben des Bima-Vorstands steht die Bundesanstalt wegen der vielen Konversionsprojekte im Land vor großen Herausforderungen. Allein schon aus haushaltsrechtlichen Gründen könne man keine Strukturpolitik betreiben. Zudem gebe es Gerichtsverfahren, bei denen Unternehmen der Bima vorhielten, dass sie Grundstücke zu günstig an Kommunen abgabe.

Friedbergs Bürgermeister Keller fordert konkrete Regelungen der Zusammenarbeit. Die Bima solle aus seiner Sicht die Markt- und Ortskenntnisse der Kommunen gemeinsam mit diesen nutzen. Dass es zusammen besser geht, scheint auch Bima-Vorstand Kunze inzwischen verstanden zu haben: Er hat den Wetterauer Rathausechfs gesagt, dass ohne die Abstimmung mit Städten und Gemeinden die Grundstücke kaum vermarktet werden könnten.

Was die Kommunen mit den Armeeflächen vorhaben

In **Bad Nauheim** gibt es eine zehn Hektar große Wohnsiedlung mit 330 Wohneinheiten und weiteren Gemeinschaftseinrichtungen. Die Vertragsverhandlungen mit der Bima sollen in den nächsten Wochen zum Abschluss kommen.

In **Butzbach** wurde die Kaserne auf dem Landgrafenschloss-Areal umgestaltet. Dort befindet sich jetzt der Sitz der Stadtverwaltung. Größte Schwierigkeit ist die amerikanische Wohnsiedlung, die auf einem Gelände liegt, das ursprünglich zwei Wohngebiete miteinander verband. Eine Entwicklungsstudie liegt seit einem Jahr vor. Ein Ende der Verhandlungen ist nicht abzusehen.

Die Stadt **Büdingen** erwägt, die Kasernenflächen zu rekultivieren. Grund ist die wenig verkehrsgünstige Lage. Die Flächen erscheinen daher für eine gewerbliche Nutzung als nicht vermarktable. Der Wohnungsmarkt in der Stadt befindet sich ebenfalls in der Krise. Der Wald soll im Besitz des Bundes bleiben.

In **Friedberg** wird über ein Elvis-Presley-Museum in den Ray Barracks und die Anlage eines Sees diskutiert. Für das 74 Hektar große Kasernengelände zeichnet sich noch keine Lösung ab.

In **Ober-Mörlen** haben US-Armee und Bundeswehr 420 Hektar Panzerübungsgelände hinterlassen, teilweise mit Muni-



Steht leer: die frühere Wohnsiedlung der Amerikaner in Büdingen.

tionsbunkern und Lagerhallen bebaut. Die Bunker wurden von der Bima für andere Zwecke vermietet. Von besonderer Bedeutung ist das Gelände des ehemaligen „Führerhauptquartiers Adlerhorst“, das unter Denkmalschutz steht. Ein Teil des Panzerübungsgeländes wurde als Flora-Fauna-Habitat ausgewiesen. In **Rosbach** sind von der Konversion rund 800 Hektar Waldfläche betroffen. Die Stadt will das ehemalige Infanterieübungsgelände selbst nutzen. (jjo.)

WETTERAU

Taten nach Worten

Von Jens Joachim



Über Jahrzehnte hinweg gehörten uniformierte amerikanische Soldaten und ihre Familien auch in einigen Städten in der Wetterau wie selbstverständlich zum Alltagsbild dazu. Nach dem Abzug der amerikanischen Truppen im vergangenen Jahr hat sich auch in den Kasernen- und Wohnstandorten in der Wetterau das Leben verändert. Auf den Einkaufsmeilen sind nun keine Soldaten in Tarnanzügen mehr unterwegs, in den Wohnsiedlungen glüht nicht mehr die Kohle in den großen Kugelgrills für das abendliche Barbecue, und auch in den Schnellrestaurants, Bars und Kneipen ist es merklich stiller geworden. Tristesse hat auf den abgesperrten Kasernenarealen und in den einst von den Familien genutzten Wohnsiedlungen Einzug gehalten.

Doch das soll sich ändern: Die vom Abzug der Amerikaner betroffenen Städte und Gemeinde richten den Blick nach vorne, haben zum Teil schon Ideen entwickelt, wie sie die militärischen Flächen künftig für zivile Zwecke nutzen wollen. Dabei haben es die Bürgermeister immer wieder mit einer Bundeseinrichtung zu tun, die ihnen als unflexibel und undurchschaubar erscheint.

Nun agiert die Bundesanstalt für Immobilienverwaltung zweifellos bisweilen forsch und überheblich – wohl wissend, dass sie vom Bund den eindeutigen Auftrag hat, die militärischen Flächen für den Bundeshaushalt so gut wie eben möglich zu versilbern. Strukturpolitische Entscheidungen zu treffen gehört nicht zu ihren Aufgaben.

Auch deshalb kommen sich die kommunalen Vertreter, die die Konversion als Chance zum Ausbau ihrer Infrastruktur erkannt haben, wie unwillkommene Bittsteller vor. Es ist verständlich, dass sich die Kommunen nicht Lasten aufbürden lassen wollen, die sie möglicherweise nicht schultern können. In den vergangenen Wochen ist der Widerstreit der unterschiedlichen Interessen mehrfach deutlich geworden.

Bei den jüngsten Treffen mit Vertretern der Bundesanstalt haben einige Wetterauer Rathauschefs nun Tacheles geredet und eine engere und effektivere Zusammenarbeit angemahnt. Besserung wurde zwar zugesichert, den Worten sollten nun aber auch tatkräftige gemeinsame Anstrengungen folgen.